

116. Ord. Landesparteitag der FDP Baden-Württemberg am 8. Juli 2017

Beschluss

Mobilität ist Freiheit

Mobilität brauchen wir alle – ob Sie, ob wir, Ihre Familie, Ihre Chefin, Ihre Angestellten, der Pflegedienst, der Pizzalieferant, die Postbotin, der Handwerker, der Schlüsseldienst oder die Reisegruppe. Mobilität brauchen Menschen, die von einem Ort zum anderen gelangen wollen. Menschen, die rechtzeitig ankommen wollen, um ihrer Arbeit nachzugehen, ihre Familie zu besuchen, in den Urlaub zu fahren. Die Angehörige versorgen, Arbeitsplätze schaffen, Kunst und Kultur genießen oder auch einfach neue Horizonte entdecken wollen. Mobilität die funktioniert, reduziert Stress, erhöht die Lebensqualität.

Unsere Definition von Mobilität ist die Freiheit, einfach und schnell mit dem Verkehrsmittel seiner Wahl an sein persönliches Ziel zu gelangen. Da gibt es den Pendler, der ein gut ausgebautes Straßen- und Schienennetz nutzen möchte, um schnell und bequem zu seinem Arbeitsplatz und wieder nach Hause zu kommen. Da gibt es die Anwältin, die lieber mit dem Fahrrad fährt, weil es ihr Spaß macht und sie damit den nötigen sportlichen Ausgleich bekommt. Da gibt es die quirligen Schulkinder, die es toll finden, zu Fuß zur Schule zu gehen und auf ihrem Weg dorthin täglich Neues zu entdecken und ihre Umgebung zu erkunden. Da gibt es die vielen Unternehmen, große wie kleine, deren Ziel es ist, ihre Produkte und Waren auf schnellem Weg zu ihren Kunden zu bringen, um die Menschen mit hochwertigen Produkten zu versorgen und Wohlstand zu schaffen. Da gibt es Handwerksbetriebe, die sich im Vertrauen auf die Politik Dieselfahrzeuge angeschafft haben, da diese ökonomischer und ökologischer sind. Da gibt es die Studentin, die mit dem Fernbus verreist und sich auf ein ereignisreiches Wochenende freut.

Diese und viele weitere Beispiele zeigen, dass Mobilität nicht mehr eindimensional in einzelnen Verkehrsträgern gedacht werden darf: Mobilität braucht Freiheit. Freiheit im Denken, die verhindert, dass Ideologie zum Maß aller Dinge wird. Mobilität braucht auch Freiheit im Handeln, die gewährleistet, dass jeder für sich selbst entscheiden kann, wann er wie mobil sein will.

Aufgabe der Politik ist nicht, diese Entscheidungen zu diktieren. Aufgabe der Politik ist es nicht, diese Beweggründe zu bewerten. Aufgabe der Politik ist es eben so wenig, einzelne Verkehrsmittel oder Antriebsformen zu verteufeln. Aufgabe der Politik ist es, die richtigen Rahmenbedingungen für den Erhalt der individuellen Mobilität zu schaffen, die den individuellen Lebensentwürfen, Arbeitszeiten und Vorlieben der Menschen entsprechen. Sowohl aus ökonomischen als auch aus ökologischen Gründen können nur verschiedene Verkehrsträger gemeinsam die Mobilitätsnachfrage einer modernen Gesellschaft befriedigen.

Eine vernetzte und verkehrsträgerübergreifende, also intermodale Mobilität, ist daher das Leitbild der Freien Demokraten. Dabei wollen wir Verkehr vermeiden, wo er vermeidbar ist. Verkehr optimieren, wo dies sinnvoll ist. Und bestehende Infrastruktur den heutigen Anforderungen anpassen, besonders da, wo seit Jahren nicht mehr investiert wurde.

- Der weitaus größte Teil der Verkehrsleistung wird im **Straßenverkehr** abgewickelt. Viele Straßen sind überlastet und in einem schlechten Zustand. Daher werden wir mehr Geld in unser

116. Ord. Landesparteitag der FDP Baden-Württemberg am 8. Juli 2017

Straßennetz investieren. Neben dem bedarfsgerechten Ausbau der Autobahnen und Hauptverkehrsachsen muss vor allem dafür gesorgt werden, das vorhandene Straßennetz in Schuss zu halten. Deswegen werden wir verstärkt Mittel für die Erhaltung aufwenden. Wir brauchen höhere Investitionen damit die Menschen in Zukunft sowohl in den Ballungsräumen als auch in den ländlichen Räumen Baden-Württembergs auf leistungsfähigen Straßen unterwegs sein können.

- Die Politik sollte **Ziele** für Automobilhersteller, Verkehrsunternehmen, Infrastrukturbetreiber und das Gütergewerbe vorgeben – sie darf aber keine bestimmten **Technologien** vorschreiben und andere verbieten. Die ideologische Fokussierung auf die Elektromobilität einerseits und das Verbot des Verbrennungsmotors andererseits lehnen wir ab. Der Verkehrssektor muss seinen Beitrag zur Erreichung der Pariser Klimaziele sowie der Schadstoffproblematik leisten, aber es gibt viele denkbare Wege, um dorthin zu kommen. Einige der Wege zum Erreichen der Klimaziele scheinen näher zu liegen, andere sind bislang vielleicht noch gar nicht entdeckt. Der Elektromotor wird ebenso seinen Beitrag zur Verringerung der Emissionen leisten wie z. B. modernere und verbrauchsärmere Verbrennungsmotoren, die mit alternativen Kraftstoffen auf Basis regenerativer Energien oder biologischer Prozesse betrieben werden. Wir setzen auf die besten Ideen der findigen Ingenieure und Tüftler in Baden-Württemberg. Die Freien Demokraten freuen sich dabei auf den Wettbewerb um die besten Lösungen und sind offen für alle Technologien, um die gesteckten Ziele zu erreichen.
- Mit **neuen Antriebskonzepten** gehen neue Herausforderungen an die **Infrastruktur** einher. Wir erachten es für problematisch, wenn die grün-schwarze Landesregierung einseitig einen Förderschwerpunkt auf die Ladeinfrastruktur für batterieelektrische Antriebe setzt. Hierbei werden die erheblichen Herausforderungen für das vorhandene Stromnetz beim gleichzeitigen Laden einer größeren Anzahl von Elektroautos oder erst recht beim so genannten Schnellladen vernachlässigt. Wir sehen es in erster Linie als Aufgabe der Energieversorgungsunternehmen und Netzbetreiber an, die Investitionen in zukünftige Absatzmärkte zu tätigen.
- Die Freien Demokraten werden die Rahmenbedingungen dafür setzen, damit Baden-Württemberg der **Innovationsstandort** Nr. 1 in Deutschland und Europa bleibt. Wir wollen die Stärke unserer Bildungs- und Forschungseinrichtungen weiter ausbauen – beginnend bei den Schulen bis hin zu den Universitäten. Innovationen benötigen auch eine gute digitale Infrastruktur mit leistungsfähigen Internet- und Energienetzen im Land.
- Wettbewerb ist eine der Triebkräfte unserer Wirtschaft und damit eine wichtige Grundlage unseres Wohlstandes. Auch im Verkehrssektor wollen wir einen **fairen Wettbewerb** mit gleichen und nachvollziehbaren Rahmenbedingungen zwischen etablierten und neuen Marktteilnehmern, ohne auf Sicherheit und Qualität zu verzichten. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die gesetzlichen Regelungen so modernisiert werden, dass sie neue innovative Mobilitätskonzepte ermöglichen und nicht verhindern. Gleichzeitig sollen auch etablierte Anbieter dadurch neue Freiräume erhalten, um wettbewerbsfähig zu bleiben.
- Die aktuellen Entwicklungen im (teil-) automatisierten bis autonomen Fahren von PKW und LKW haben großes Potential. Sie werden sehr wahrscheinlich schrittweise das Fahren komfortabler, sicherer, schneller und effizienter machen. Damit wirken sie gesellschaftlich disruptiv und sind die Grundlage für mögliche disruptive Geschäftsmodelle wie autonome Taxis oder optimierte Pendlerfahrzeuge, die keine oder wenige Parkplätze benötigen und Infrastruktur effizienter nutzen. Infrastruktur: Wir werden Pilotprojekte in ausgewählten

116. Ord. Landesparteitag der FDP Baden-Württemberg am 8. Juli 2017

Regionen und auf ausgewählten Strecken, unter Wahrung der Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer, politisch unterstützen. Langfristig fördern wir die Technologie beispielsweise durch die mögliche Nutzungserlaubnis bestehender Taxi- oder Busspuren oder die gezielte Ausweisung von separaten Spuren, auf Basis von Nutzungsprognosen und Nachfrage. Bei neuen Verkehrsplanungen fordern wir die Einbeziehung von Szenarien mit zunehmendem Anteil autonomer Fahrzeuge. Wir werden außerdem die Mobilfunkinfrastruktur weiter ausbauen, um damit eine Grundlage für vernetztes Fahren zu schaffen. Rechtlich: Wir werden auf Basis der aktuellen rechtlichen und ethischen Vorschläge (z.B. der Ethik-Kommission des BMVI) auf die baldige Schaffung der nötigen Rechtssicherheit für autonome Fahrzeuge hinwirken. Dabei steht für uns Liberale zu jeder Zeit der Schutz unbeteiligter Menschen und aktiver Verkehrsteilnehmer gegenüber Sachschaden an erster Stelle und wir setzen uns auch rechtlich für die Ermöglichung der nötigen abgesicherten Infrastruktur ein.

- Wir Freie Demokraten wenden uns gegen jede anlasslose Erhebung und Speicherung von personenbezogenen Daten, sei es im Zusammenhang mit Vorratsdatenspeicherung, Fluggastdatenerhebung, automatischer Kennzeichenerfassung mit dauerhafter Datenspeicherung oder der identifizierbaren Erfassung und Übermittlung von Verkehrsteilnehmern durch automatisierte Fahrzeuge.
- Angesichts der volkswirtschaftlichen Bedeutung der Verkehrswirtschaft als einer elementaren Grundlage unseres Wohlstands, müssen die Interessen des **Güterverkehrs** und der **Logistik** mehr Aufmerksamkeit erhalten. Die Wirtschaftsstandorte im Land sind bedarfsgerecht an Straße, Schiene und Wasserstraße anzubinden. Neue Fahrzeug- und Dienstleistungskonzepte und neue Umschlagsstellen der Verkehrsträger können die durch den Güterverkehr entstehende Verkehrsbelastung verringern. So reduzieren Lang-LKWs und verlängerte Sattelaufleger auf den Autobahnen die entstehenden Kosten und Emissionen und schonen, durch das auf weitere Achsen verteilte Gesamtgewicht, unsere Straßen und Brücken. In den Städten können City-Logistik-Konzepte mit innerstädtischen Verteilpunkten für die Auslieferung von Paketen die Verkehrsbelastung verringern. Dazu gehört auch der Einsatz von Lastenfahrrädern.
- Weder der Personen- noch der Güterverkehr können ausschließlich national betrachtet werden. Der **grenzüberschreitende Verkehr in Europamuss** entbürokratisiert und vereinheitlicht werden. Wir stehen zur Europäischen Idee und wollen grenzüberschreitende Verkehrswege ausbauen: Angefangen bei gemeinsamen Nachbarschaftsprojekten in den Eurodistrikten entlang des Rheins wie der Straßenbahn von Straßburg nach Kehl bis hin zu Großprojekten der Transeuropäischen Netze der EU.
- Der **Schieneverkehr** ermöglicht den Transport vieler Menschen und Güter, schont die Umwelt und benötigt – gerade in den Ballungsräumen – weniger Platz. Wir stehen unverändert hinter der Umsetzung wichtiger Großprojekte wie der Rheintalbahn, Stuttgart 21 und der Neubaustrecke nach Ulm. Diese und weitere Projekte wie z. B. der Ausbau der Südbahn und der Gäubahn müssen zügig verwirklicht werden. In den Ballungsräumen sorgen S-Bahnen, Stadtbahnen und Straßenbahnen dafür, dass die Menschen zur Arbeit kommen und Privates erledigen können. Daher werden wir weiterhin kontinuierlich in den Erhalt, barrierefreien Ausbau und vollständige Elektrifizierung der Netze sowie in moderne energiesparende Fahrzeuge investieren. Netze und Fahrzeuge müssen dem Stand der Technik angepasst werden, daher befürworten wir den Ausbau des elektronischen Leit- und Sicherungssystems ETCS.

116. Ord. Landesparteitag der FDP Baden-Württemberg am 8. Juli 2017

Während der Ausbau der Bahnnetze aufgrund der Monopol Tendenzen von Netzstrukturen stets staatlich begleitet werden muss, ist dies für den Bahnverkehr selbst nicht der Fall. Wir fordern die schnellstmögliche vollständige Privatisierung der Deutschen Bahn AG mit Ausnahme der DB Netz AG. Fahrgastreue müssen zwischen den Verkehrsträgern Bahn, Bus und Flugzeug angepasst werden.

- Dank der Freien Demokraten erfolgte vor einigen Jahren die Liberalisierung des Buslinienfernverkehrs. Seitdem sind viele attraktive Verbindungen durch **Fernbusse** entstanden. Diese bieten insbesondere für solche Regionen Baden-Württembergs eine Chance, die in der Vergangenheit ihren Fernverkehrshalt der Bahn verloren haben. Die öffentliche Hand muss zusammen mit den Busunternehmen den Bau von Fernbus-Bahnhöfen koordinieren, so dass eine adäquate Infrastruktur für das neue Angebot geschaffen wird.
- Wir wollen Sicherheit, Pünktlichkeit, Barrierefreiheit, Sauberkeit und Komfort als Qualitätsmerkmale des **ÖPNV** systematisch verbessern und stabilisieren sowie die Angebote bedarfsgerechter, effizienter und kostengünstiger gestalten, um zusätzliche Kundenpotentiale zu erschließen. Im ländlichen Raum stellt der Busverkehr das Rückgrat des ÖPNV dar und ist – z. B. durch flexible Angebote wie Rufbusse, Bürgerbusse und Sammeltaxen – zu ergänzen. Um die Nutzung des ÖPNV vor allem für Gelegenheitsnutzer zu vereinfachen, sind neue elektronische Abrechnungssysteme (eTicketing) und kontaktlose Bezahlungsmöglichkeiten landesweit kompatibel einzuführen. In sämtlichen öffentlichen Verkehrsmitteln im Eigentum der öffentlichen Hand soll darüber hinaus perspektivisch geeignete Ladeinfrastruktur für mobile Endgeräte zur Verfügung gestellt werden. Wir fordern eine Digitalisierungsoffensive im ÖPNV. Die Träger des öffentlichen Nahverkehrs sollen gewährleisten, dass es in S-, Stadt- und Straßenbahnen und ihren Tunnelsystemen zeitnah ein flächendeckendes LTE-Angebot gibt. Bis zum Jahr 2020 ist zusätzlich in allen öffentlichen Verkehrsmitteln in Besitz der öffentlichen Hand ein frei zugängliches WLAN-Netz zu gewährleisten.
- Der **Radverkehr** ist auf kürzeren Strecken eine ökologische und gesunde Alternative zu anderen Verkehrsmitteln. Um der zunehmenden Bedeutung des Radverkehrs in den Städten gerecht zu werden, muss der Ausbau der Rad-Infrastruktur Schritt halten. Dazu gehören nicht nur Radwege und Radstreifen, sondern auch ausreichende Abstellkapazitäten und Ladestationen für Elektrofahrräder. Beim Ausbau der Rad-Infrastruktur kommt der Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer sowie der Ermöglichung kombinierter Wegeketten mit dem ÖPNV ein hoher Stellenwert zu. Die Ausweitung von Bike-Sharing liefert einen weiteren Beitrag zur umweltfreundlichen Mobilität. Auch aus ökologischer Sicht führt daher an dem Ausbau von verkehrlichen Nadelöhren kein Weg vorbei. Ein möglichst konstanter Verkehrsfluss, grüne Wellen und wenig Bremsvorgänge sind der sinnvollste, systemimmanente Weg, der Umweltbelastung durch Stau und Schadstoffe in den Städten zu begegnen. Entsprechende Modelle sollen daher vom Land fachlich begleitet und – wo sich dies aufgrund geteilter Zuständigkeiten anbietet – finanziell gefördert werden.
- Die „**Sharing Economy**“, also das gemeinsame Nutzen von Ressourcen, besitzt im Verkehrswesen einen zunehmenden Stellenwert. Zu den seit langem aktiven Car-Sharing-Anbietern stoßen immer mehr Automobilunternehmen, die sich Marktanteile sichern wollen. Viele Studien gehen – gerade auch im Zusammenhang mit autonomen Fahrzeugen – davon aus, dass sich Car-Sharing zumindest in den Ballungsräumen flächendeckend zu einer Alternative zum individuellen Fahrzeugbesitz entwickeln wird. Daher werden wir im Land die Möglichkeiten

116. Ord. Landesparteitag der FDP Baden-Württemberg am 8. Juli 2017

des neuen Bundes-Carsharinggesetzes nutzen und die Ausweisung von Stellplätzen sowie die Zusammenarbeit mit ÖPNV-Anbietern unterstützen.

- Das **Mobilitätsverhalten** der Menschen verändert sich. Wie schon in der Vergangenheit sorgen neue Technologien und Angebote für eine veränderte Nachfrage. Gerade die junge Generation kennt die Schlachten der Vergangenheit „Auto gegen ÖPNV“ nicht mehr und nutzt ganz selbstverständlich verschiedene Verkehrsmittel und kombiniert diese je nach Bedarf über ihr Smartphone. Dieser Mentalitätswechsel eröffnet viele Chancen und kann dafür sorgen, dass heutige Probleme in der Zukunft ganz anders wahrgenommen werden. Freie Demokraten freuen sich auf die neuen Möglichkeiten und wollen jedem Menschen auch in Zukunft die Freiheit geben, sein Mobilitätsverhalten selbst zu bestimmen.